

JERZY KOCHANOWSKI

Die Beziehungen zwischen ostdeutscher STASI und polnischen Geheimdiensten¹

Trotz der immer weiteren Öffnung der polnischen und deutschen Archive nach 1989 wissen wir über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Volksrepublik Polen (VRP) noch relativ wenig. Eines ist sicher: Die lautstark verkündete „sozialistische Freundschaft“ der zwei Staaten wurde von beiden Seiten zum Zweck der machtpolitischen Stabilisierung des eigenen Regimes instrumentalisiert. Von diesem Gesichtspunkt aus sollten wir nicht nur die Beziehungen zwischen den Parteien oder Regierungen betrachten, sondern auch das Verhältnis zwischen den Geheimdiensten beider Länder: dem polnischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit (und nach 1954 dem Innenministerium) und dem ostdeutschen Ministerium für Staatssicherheit (STASI).

Zu ersten Kontakten zwischen beiden Sicherheitsdiensten kam es Anfang der fünfziger Jahre. Gemeinsamer Hauptgegner und wichtigstes Feld der Zusammenarbeit waren, zumindest bis in die sechziger Jahre, die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Westberlin². Seit in den fünfziger Jahren das polnische Innenministerium auf diesem Feld als ein zumindest gleichberechtigter Partner der STASI auftrat, begann sich aber das Gewicht langsam in Richtung Ostberlin zu verlagern. Die allmähliche Emanzipation

¹ Ich stütze meine Ausführungen auf die Recherchen, die Prof. Włodzimierz Borodziej und ich in den Jahren 1995 und 1997 im Berliner Gauckarchiv durchgeführt haben. Die Ergebnisse unserer Forschungen wurden bisher in der folgenden Publikationen veröffentlicht: Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski (Hgg.), PRL w oczach STASI 1. Dokumenty z lat 1971, 1980–1982 [Die VRP in den Augen der STASI 1. Dokumente aus den Jahren 1971, 1980–1982] (Warszawa 1995); 2. Dokumenty z lat 1980–1983 [Dokumente aus den Jahren 1980–1983] (Warszawa 1996); Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Der DDR-Staatssicherheitsdienst und ein befreundetes Nachbarland: Das Beispiel Volksrepublik Polen, in: Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer (Hgg.), Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien 30, Dresden 2000) 9–36.

² Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji [Zentralarchiv des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und Verwaltung, Warschau] Bestand MSW II 2116 (163/24).

der DDR in innerdeutschen Angelegenheiten fand bekanntlich nicht nur und nicht primär im geheimdienstlichen Bereich statt und vollzog sich im ständigen Konflikt mit dem östlichen Nachbarn. Die Interessen der VRP und DDR kollidierten vor allem in Westberlin und in der BRD, weil Warschau an einem ungehinderten Zugang zur westlichen Teilstadt und seit Beginn der siebziger Jahre am Ausbau des Handels mit der Bundesrepublik interessiert war³.

Ein sehr wichtiges Feld der Zusammenarbeit bildete die Bekämpfung der „feindlichen Einflüsse“ der Kirchen, vor allem der katholischen Kirche in Polen. In den sechziger Jahren vollzog sich der Wandel des „Gegners“ auch im kirchenpolitischen Bereich: Nach dem II. Vatikanischen Konzil galt die Kirche in Polen nicht mehr ausschließlich als Instrument des westdeutschen Revisionismus; vielmehr verdrängte ihre Rolle als „Wegbereiter der Entspannung“ – zumindest auf polnischer Seite – nach und nach die bisherige Darstellung als „Hort der Ultrareaktion“.

Eine neue Phase in den gemeinsamen Beziehungen zwischen dem polnischen Innenministerium (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, MSW) und der STASI markierten die Dezember-Unruhen an der polnischen Ostseeküste im Jahre 1970⁴. Die Kooperation zwischen beiden Ressorts wurde enger, gemeinsame Treffen der Minister wurden häufiger. Die Befürchtungen der STASI hinsichtlich des „polnischen Bazillus“ sollten sich aber bald als begründet erweisen. Im August 1971 kam es etwa unter den polnischen Arbeitern im Gaskombinat „Schwarze Pumpe“ bei Hoyerswerda zu politischen Unruhen, über die sich Erich Mielke sogleich bei seinem polnischen Amtskollegen Franciszek Szlachcic beklagte. Einige Monate später bildete dieser eine spezielle Operativgruppe, „um im Vorfeld negative Erscheinungen aufzudecken und ernsthaftere Konfliktzustände zu eliminieren“. Die in die DDR entsandten Offiziere des polnischen Innenministeriums wurden in Abstimmung mit dem Ministerium für Staatsicherheit (MfS) auf jene Städte verteilt, in denen die meisten polnischen „Vertragsarbeiter“ beschäftigt waren. Diese polnischen Sicherheitsoffiziere sollten bis 1989 in der DDR tätig bleiben, der letzte wurde noch im Juni des Jahres entsandt⁵.

Bis Mitte der siebziger Jahre wurde diese Kooperation stetig ausgebaut und vertieft. Gemäß den Vereinbarungen vom Juli 1975 betraf dies die

³ Siehe u.a. Mieczysław Tomala, *Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia 1945–1991* [Die Augen auf Deutschland gerichtet. Von der Feindschaft zur Verständigung 1945–1991] (Warszawa 1997).

⁴ Siehe z.B. Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin (BStU), Zentralarchiv (ZA), Hauptabteilung (HA) IX/2692, Bericht über erfolgte Zuführungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in der VR Polen im Zeitraum von 17.12.1970 bis 22.12.1970, 22. Dezember 1970.

⁵ BStU, Ministerium für Staatsicherheit (MfS), Abt. X, 94, Bl. 253, 259, 288–290.

Überwachung von Kontakten polnischer Arbeiter in der DDR mit Bürgern „nichtsozialistischer Staaten“ sowie mit „feindlich oder negativ eingestellten Bürgern der DDR“, des Weiteren die Bekämpfung von Sabotage, Diversion und „Waren- und Währungsspekulation“ durch effektivere Zollkontrollen. Das Thema Zollkontrolle hatte spätestens seit der Öffnung der Grenze zwischen der DDR und der VRP am 1. Januar 1972 eine politische Bedeutung. Im Oktober 1972, also zehn Monate später, warnte das MfS angesichts des wachsenden „Einkaufstourismus“ der Polen und der dadurch steigenden Unzufriedenheit der DDR-Bürger vor einer „antipolnischen“ Stimmung. Die STASI-Spezialisten rechneten aus, dass jede zehnte zwischen Januar und Oktober 1972 ausgegebene Mark aus polnischer Tasche stammte. Das sei eine zu große Belastung für die „blühende“ ostdeutsche Wirtschaft⁶.

Dieses Thema nahm in den Akten des MfS auch in den folgenden Jahren viel Platz ein. Besonders in den achtziger Jahren sollte es vor dem Hintergrund der permanenten Krise des Versorgungssystems in Polen, wo neben Zucker und Benzin beispielsweise auch Fleisch, Butter, Kaffee, Schokolade, Zigaretten und sogar Zahnpaste und Seife jahrelang rationiert waren, zu einem vermutlich wirklichen Versorgungs- und damit (was im Sozialismus normal war) innenpolitischen Problem der DDR werden. Eine besondere Rolle spielten auch hier die „Vertragsarbeiter“, die als einzige größere polnische Gruppe nach Beendigung des visumfreien Reiseverkehrs im Oktober 1980 durch die SED freien Zugang zum ostdeutschen Markt hatten. Im Januar 1984 schätzte man bei der Staatsicherheit den Wert der „illegalen Ausfuhren“ aus der DDR durch polnische Bürger auf mehrere hundert Millionen DDR-Mark⁷.

Die vielschichtigen und komplexen Folgen des freien Reiseverkehrs zwischen Polen und der DDR in den siebziger Jahren sind bis heute nicht einmal ansatzweise erforscht. Aus der Sicht beider Sicherheitsdienste bestand die wichtigste Konsequenz wahrscheinlich darin, dass diese Menschenbewegung unkontrollierbar wurde. Allein im Jahr 1972 fanden 9,5 Millionen Grenzübertritte von Polen und 6,7 Millionen von DDR-Bürgern statt. Die „Gefahr“ einer Übertragung eventueller antikommunistischer Stimmungen über die Oder nahm aus der Perspektive des MfS zu. Die Erinnerung an die unkooperative Haltung der Polen im Dezember 1970 und

⁶ BStU, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), 2079, Bl. 1–12. Siehe auch: Jerzy Kochanowski, Groźba nad NRD [Gefahr über der DDR], in: Karta 28 (1999) 132–135; Jerzy Kochanowski, Szarża przyjaźni [Freundschaftlicher Angriff], in: Polityka 2 (2002) 69–71.

⁷ Z.B. BStU, ZA, Abt. X, Bl. 95–98, Information über einige Methoden der polnischen Spekulanten bei dem Transport von Waren über die Grenze, 20. Januar 1984.

deren neuer Kurs gegenüber dem Erzfeind BRD, weiters die größtenteils private (und gleichzeitig ineffektive) Landwirtschaft sowie der große Einfluss der Kirche und des Exils ließen diese Gefahr kaum geringer erscheinen. Besonders nach neuen Unruhen im Juni 1976, der Entstehung der praktisch legalen Opposition in Polen und vor allem nach der Wahl Karol Wojtyłas zum Papst im Oktober 1978 wurde diese Gefahr als steigend eingeschätzt⁸.

Als im Juli 1980 eine neue Streikwelle Polen erschütterte, traf sie die STASI unvorbereitet⁹. Man sammelte belanglose Urlaubsberichte von DDR-Bürgern, die ersten Analysen basierten auf rein zufälligen Eindrücken und Gesprächspartnern. Der nationale und grundsätzliche Charakter der sommerlichen Auflehnung gegen das System verkam in den ersten Berichten zu einer ausschließlich sozial und ökonomisch motivierten Protestbewegung gegen eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik. Sowohl die DDR-Behörden, als auch die Funktionäre des MfS erlebten einen Schock nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen den Streikenden und der polnischen Regierung. „Was in Polen geschieht, das ist bedeutsam für die gesamte sozialistische Gemeinschaft. Das ist auch für uns in der DDR eine Kernfrage, eine Lebensfrage“, sagte am 2. Oktober 1980 der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke. Der Westen war natürlich mitschuldig, doch der Hauptangriff Mielkes richtete sich deutlich gegen die polnische Parteiführung. Sie sei von den „richtigen Beschlüssen“ des VI. Parteitag von 1971 abgegangen und habe eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik betrieben. Weiter habe die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) die „ideologische Arbeit“ vernachlässigt, wodurch ein „falscher Nationalstolz“ erstarke, „der bis zu einem gefährlichen Nationalismus führte“, welcher wiederum „mit viel-

⁸ Siehe Jerzy Kochanowski, *Groźny papież [Der bedrohliche Papst]*, in: *Polityka* 42 (2000) 76–78. Ausführlich dazu: Bernd Schäfer, *Grenzüberschreitende Kirchenpolitik. Die Kooperation von Staatsorganen der DDR und der VR Polen von den fünfziger Jahren bis 1989*, in: Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer (Hgg.), *Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989* (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien 30, Dresden 2000) 59–65.

⁹ Zur Haltung der DDR gegenüber der polnischen Krise 1980/81 u.a.: Michael Kubina, Manfred Wilke (Hgg.), „Hart und kompromisslos durchgreifen!“ *Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Berlin 1995); Monika Tantzsch, „Was in Polen geschieht, ist für die DDR eine Lebensfrage“. Das MfS und die polnische Krise 1980/81 (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ V/3, Baden-Baden 1995) 2601–2760; Zenobiusz Kozik, *Niemcy w NRD a polskie kryzysy 1956 i 1980–1981 [Die Deutschen in der DDR und die polnischen Krisen 1956 und 1980/1981]* (Piotrków Trybunalski 1998).

fältigen Erscheinungen des Antisowjetismus verbunden“ sei. Sehr stark kritisierte er auch Parteichef Edward Gierek¹⁰.

Mielke forderte dazu auf, sich verstärkt mit der „von den konterrevolutionären Kräften in Polen ausgehenden Gefahr“ zu beschäftigen. Als erste Maßnahme wurde sehr rasch, schon im Oktober 1980, die seit 1972 offene Grenze zwischen der VRP und der DDR praktisch geschlossen. Sodann drängte SED-Generalsekretär Erich Honecker 1980 und 1981 auf eine baldige militärische Intervention, wozu man zweifellos viele und aktuelle Informationen des MfS benötigte. Schließlich misstraute die politische wie die sicherheitspolizeiliche Elite der DDR den polnischen Genossen: Alle diese Gründe legten die Erschließung eigener, vom „Bruderorgan“ unabhängiger Informationsquellen nahe. Vor diesem Hintergrund muss die Entscheidung des MfS zur Bildung der „Operativgruppe (OG) Warschau“ gesehen werden. Sie wurde ebenfalls bereits im Herbst 1980 ins Leben gerufen.

Wie weit ging nun das MfS mit dieser Aktion zur Infiltration Polens? Die Handakten der Operativgruppe Warschau sind aller Wahrscheinlichkeit nach vernichtet worden, und wir verfügen nur über relativ wenig Informationen. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Hauptabteilung (HA) II des MfS in Warschau arbeiteten offiziell an der Botschaft. In den DDR-Konsulaten in Danzig (Gdańsk), Stettin (Szczecin), Breslau (Wrocław) und Kattowitz (Katowice) gab es Außenstellen der Operativgruppe. Obwohl das MfS zweifellos auch polnische inoffizielle Mitarbeiter (IM) führte, bestand die große Mehrheit (ca. 75 Prozent) der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS in Polen aus DDR-Bürgern. Sie waren vor allem an der Botschaft der DDR in Warschau und ihren nachgeordneten Einrichtungen (Handel, Kultur, Wissenschaft) beschäftigt. Doch befanden sich unter ihnen auch DDR-Gastdozenten und -Studenten an polnischen Hochschulen.

Außer der OG Warschau wurden im MfS zur Bekämpfung des „polnischen Bazillus“ vielfältige Mittel eingesetzt: in Frankfurt an der Oder entstand ein Sonderreferat, eine neue Vorverdichtungs-, Such- und Hinweis-kartei über Kontakte zwischen DDR- und VRP-Bürgern wurde angelegt. Telephon- und Grenzkontrollen gehörten ebenfalls zum neuen System. Kein Aufwand war dem MfS zu groß. Hunderte von Berichten über die Privatreisen von DDR-Bürgern wurden ebenso sauber abgeheftet wie unzählige Übersetzungen von Flugblättern und Broschüren der polnischen Opposition. Selbst die Geschichte eines Streites um eine unbezahlte Taxirechnung in Görlitz fand ihren Weg auf die Schreibtische von Mielke und dreien seiner Stellvertreter¹¹.

¹⁰ BStU, HA II/10/229.

¹¹ BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber, 322.

Ein weiteres wichtiges Mittel der Informationsbeschaffung waren Kontakte mit „bewährten Genossen“ und „echten Freunden“, die der Mannschaft des Generals Wojciech Jaruzelski (und früher Stanislaw Kania) in der Regel zumindest skeptisch gegenüberstanden¹². Andere offizielle Gesprächspartner waren die Vertreter der „Brüderorgane“. Diese Kontakte im Partei- und Sicherheitsapparat brachten dem MfS oft Informationen, die auf anderem Weg schwer zugänglich waren, andererseits nicht unbedingt mit der Werbung von Agenten unter polnischen Staatsbürgern zu tun haben mussten. In den Mittagsstunden des 12. Dezember 1981 beispielsweise erfuhr der Chef der Operativgruppe Warschau vom Direktor des II. Departements des polnischen Innenministeriums: „Mit der Auslösung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Konterrevolution und zur Verhaftung führender Mitglieder der ‚Solidarnosc‘ [recte: Solidarność] und anderer oppositioneller Kräfte ist möglicherweise bereits heute zu rechnen. Das Innenministerium ist darauf vorbereitet.“¹³ Der polnische Funktionär hatte Recht: das Kriegsrecht wurde um Mitternacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 ausgerufen.

In den letzten neun Jahren (1980 bis 1989) der Präsenz der STASI in Polen sind drei Perioden zu unterscheiden. Zu Beginn, in der Zeit der legalen Solidarność (1980/81), beteiligte sich die STASI an den Versuchen, eine orthodoxe Fraktion in der PVAP ausfindig zu machen, die – im Fall der Wiederholung des tschechoslowakischen Szenarios – eine gewaltsame Unterdrückung der Opposition durch die Warschauer-Pakt-Staaten unterstützen würde. Das ostdeutsche Misstrauen, ob das Regime Jaruzelski sich tatsächlich durchsetzen würde, endete erst 1982. In den folgenden Jahren hielt das Interesse des MfS an einer allumfassenden Information über Polen an (nach Berlin wurden sogar Übersetzungen von Gesetzentwürfen geschickt), wobei die Vorbehalte gegenüber den Absichten der Mannschaft Jaruzelskis einer anhaltenden Skepsis gewichen waren, ob die grundsätzlich positiv bewertete „Normalisierungspolitik“ tatsächlich zur dauerhaften Ausschaltung des mächtigen – und eben nicht konsequent bekämpften – Gegners führen würde.

Etwa ab 1983 wurde der Ton der Berichte aus Warschau ruhiger. In den „Planorientierungen“ der STASI für 1983 und 1984 fielen zwar einige Worte der Anerkennung für den polnischen „Konsolidierungsprozess“. Gleichzeitig wurde vorausgesagt, dass „seine weitere Entwicklung äußerst widersprüchlich, langwierig und mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ohne Rückschläge verlaufen wird“. In der „Planorientierung“ für 1985 wurde sogar

¹² Siehe das Kapitel: Wokół IX Zjazdu: rozmowy z partia [Um den IX. Parteitag: Gespräche mit der Partei], in: Borodziej, Kochanowski, PRL w oczach STASI 2, 43–127.

¹³ BStU, HA II/10, 262, Bl. 289.

Jaruzelski positiv erwähnt. 1986 wurde den aus Polen kommenden Gefahren weniger Platz eingeräumt als den Botschaften Chinas, Albanien, Jugoslawiens und Rumäniens, denen „1987 besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss“¹⁴.

Zu Beginn der dritten Phase, als das Regime Jaruzelski 1987/88 immer offenkundiger auf den Kurs einer begrenzten Kooperation – erst mit einem Teil, dann mit dem harten Kern – der Opposition um Lech Wałęsa einschwenkte, zeigte sich die STASI überraschend zurückhaltend. Zumindest in den heute zugänglichen Akten finden wir keine neue Mielke-Rede, in der die Legalisierung der Opposition als Preisgabe der Grundsätze des Sozialismus gebrandmarkt worden wäre. Im Juni 1988 beschrieben die MfS-Analysen anhand von Einschätzungen aus Bonn durchaus zutreffend die innenpolitische Patt-Situation im Nachbarland, in dem sowohl Regierung als auch Opposition immer deutlicher nach einem Modus Vivendi mit der anderen Seite suchten¹⁵.

Ungeachtet der großen Politik lief die geheimdienstliche Zusammenarbeit im Kleinen ungestört weiter: Informationen über die Amerikaner, Franzosen oder Westdeutschen wurden ausgetauscht, gemeinsame Aktionen (z.B. gegen die Franzosen) weiter geplant. 1989 scheint dies langsam zum Erliegen gekommen zu sein: Aus Warschau liefen dafür Hunderte von überwiegend kommentararmen Berichten ein, die den Wandel von der Volks- in die adjektivlose Republik Polen dokumentierten; ausgestattet mit Informationen aus dem polnischen Innenministerium, konnte nun auch die Operativgruppe Warschau mit verlässlichen – aus DDR-Sicht betrüblichen – Informationen aufwarten: Schon Ende März 1989 berichtete sie nach Berlin, dass die Zustimmung für die PVAP unter 20 Prozent, jene für General Jaruzelski unter 27 Prozent gefallen sei. Die wertvollsten Informationen über den Warschauer „Runden Tisch“ und die folgende Wende lieferte aber zweifellos die DDR-Botschaft, die nun schon seit Jahren näher am zentralen politischen Geschehen war als die Mitarbeiter der STASI. Das Kapitel STASI und Volksrepublik Polen ging dem Ende zu.

Am 15. September 1989 empfing General Czesław Kiszczak vermutlich zum letzten Mal einen hohen Vertreter des MfS. Polen hatte seit drei Wochen einen nichtkommunistischen Ministerpräsidenten und seit drei Tagen eine von der bisherigen Opposition dominierte Regierung, die DDR-Flüchtlinge kampierten in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau. Kiszczak, in der neuen Regierung Vizepremier und Innenminister, legte in seinen Ausführungen – die sein Gast nachträglich schriftlich festhielt

¹⁴ BStU, HA II/10/61, Planorientierungen für 1983–1990.

¹⁵ BStU, ZAIG 13111, Information über aktuelle Aspekte der inneren Lage in der VR Polen, 18. Juni 1988.

– sarkastischen Humor an den Tag: Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki sei eine „sachliche, ausgeglichene ruhige Person“; für die kommenden Anforderungen, so Kiszczak, sicher zu ruhig. Mazowiecki habe sich mit Beratern umgeben, die alle als Nur-Theoretiker einzuschätzen seien.

General Kiszczak war es, der Mazowiecki 1981 verhaften lassen und ihn auch zuletzt entlassen hatte. Persönlich kennen gelernt hatten sie einander erst während des „Runden Tisches“. Auch andere Regierungsmitglieder des Kabinetts Mazowiecki wie Arbeits- und Sozialminister Jacek Kuroń waren 1981 auf Befehl Kiszczaks verhaftet worden. Diesbezüglich bezeichnete Kiszczak seine jetzige Funktion als Vizepremier und Innenminister schon als „etwas eigenartig“. Über seine Einschätzung der Lage berichtete der STASI-Funktionär weiter: „Gen. Kiszczak brachte trotz aller Probleme und Schwierigkeiten seinen Optimismus zum Ausdruck, dass es gelingt, einen weiteren Vormarsch der Opposition zu verhindern.“¹⁶

Wir werden nie erfahren, ob der polnische Minister tatsächlich glaubte, was er laut STASI-Bericht hier im September 1989 erzählte. Ebenso wissen wir nicht, ob der Gast aus Ostberlin seinem Gastgeber Glauben schenkte. Innerhalb von zwei Monaten sollten diese Fragen jegliche praktische Bedeutung verlieren. Eines der dunkelsten Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen der Nachkriegszeit war definitiv abgeschlossen.

¹⁶ BStU, HA II/10/783, Aufzeichnung, 16. September 1989.